

Niederschrift

über die 23. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

am Donnerstag, 18. Oktober 2018, 17:00 Uhr

im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

25. Oktober 2018

1 von 8

Anwesende:

Mitglieder

Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU

Matthias Nölke, 1. stellvertretender Vorsitzender, FDP

Stefan Kurt Markl, Mitglied, SPD (Vertretung für Dr. Hasina Farouq)

Anja Möller, Mitglied, SPD

Norbert Sprafke, Mitglied, SPD

Petra Ullrich, Mitglied, SPD

Holger Augustin, Mitglied, CDU

Awet Tesfaiesus, Mitglied, B90/Grüne

Richard Klock, Mitglied, AfD

Stephanie Schury, Mitglied, Kasseler Linke (Vertretung für Vera Katrin Kaufmann)

Teilnehmer mit beratender Stimme

Dieter Pfeiffer, Vertreter des Seniorenbeirates

Magistrat

Dirk Stochla, Stadtrat, SPD

Schriftführung

Cenk Yildiz, Hauptamt - Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Michael Werl, Mitglied, AfD

Omar Dergui, Vertreter des Ausländerbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Andreas Peters, Umwelt- und Gartenamt

Ulrich Krebs, Ordnungsamt

Dr. Johannes Kuntze, Rechtsamt

Tagesordnung:

- 1. Satzung zur Regelung des Zugangs zu amtlichen Informationen aus dem eigenen Wirkungskreis der Stadt Kassel (Informationsfreiheitsgesetz)**

101.18.999

2. Informationsfreiheitssatzung	101.18.302	2 von 8
3. Informationsfreiheitssatzung	101.18.1024	
4. Sauberkeit in städtischen Park- und Grünanlagen	101.18.993	
5. Zwangsräumung Campingplatz	101.18.994	
6. Parkordnung	101.18.996	
7. Fundtiere in der Stadt Kassel	101.18.1040	
8. Präventionsmaßnahmen gegen Trickbetrug	101.18.1043	

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 11. Oktober 2018 ordnungsgemäß einberufene 23. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Vorsitzender Kortmann teilt mit, dass die AfD-Fraktion darum gebeten hat Tagesordnungspunkt

8. Präventionsmaßnahmen gegen Trickbetrug

Antrag der AfD-Fraktion

- 101.18.1043 -

von der heutigen Sitzung abzusetzen, da der Antragsteller Stadtverordneter Werl für die heutige Sitzung entschuldigt ist. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Auf Antrag von Stadtverordneter Tesfaiesus, Fraktion B90/Grüne, wird

Tagesordnungspunkt

6. Parkordnung

Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten

- 101.18.996 -

abgesetzt, da noch Beratungsbedarf besteht.

Daraufhin schlägt Vorsitzender Kortmann vor Tagesordnungspunkt

4. Sauberkeit in städtischen Park- und Grünanlagen

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.18.993 -

ebenfalls von der heutigen Sitzung abzusetzen und die beiden Tagesordnungspunkte in der nächsten Sitzung wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufzurufen. Einvernehmlich wird dem zugestimmt.

Ferner teilt Vorsitzender Kortmann mit, dass die Tagesordnungspunkte

1. Satzung zur Regelung des Zugangs zu amtlichen Informationen aus dem eigenen Wirkungskreis der Stadt Kassel (Informationsfreiheitssatzung)

Vorlage des Magistrats

- 101.18.999 -

2. Informationsfreiheitssatzung

Antrag der Fraktion Freie Wähler + Piraten
- 101.18.302 -

und

3. Informationsfreiheitssatzung

Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten
- 101.18.1024 -

wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufgerufen werden. Die Abstimmung erfolgt getrennt.

Vorsitzender Kortmann stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

Vorsitzender Kortmann ruft die Tagesordnungspunkte 1, 2 und 3 gemeinsam zur Beratung auf. Die Abstimmung erfolgt getrennt.

1. Satzung zur Regelung des Zugangs zu amtlichen Informationen aus dem eigenen Wirkungskreis der Stadt Kassel (Informationsfreiheitssatzung)

Vorlage des Magistrats
- 101.18.999 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Regelung des Zugangs zu amtlichen Informationen aus dem eigenen Wirkungskreis der Stadt Kassel (Informationsfreiheitssatzung) in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.
2. Der Magistrat wird beauftragt, die Regelungen der Informationsfreiheitssatzung bis zum 31. Dezember 2018 allgemeinverständlich auf der Webseite der Stadt Kassel darzustellen.

Stadtrat Stochla erläutert die Sachlage und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke

den

Beschluss

4 von 8

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Regelung des Zugangs zu amtlichen Informationen aus dem eigenen Wirkungsbereich der Stadt Kassel (Informationsfreiheitsgesetz), 101.18.999, wird **zugestimmt**.

Den Ausschussmitgliedern liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke vor, der von Stadtverordneter Schury nochmals geändert und wie folgt eingebracht und begründet wird.

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Vorlage im Absatz 1 wird ergänzt durch:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Regelung des Zugangs zu amtlichen Informationen aus dem eigenen Wirkungsbereich der Stadt Kassel (Informationsfreiheitsgesetz) in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.

Der beigefügte Satzungsentwurf wird um folgende Regelung ergänzt:

Ziele sind der einfache und in der Regel kostenfreie Zugang zu den Informationen der Stadt Kassel und ihrer Betriebe.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne

Enthaltung: AfD

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke zum Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Regelung des Zugangs zu amtlichen Informationen aus dem eigenen Wirkungsbereich der Stadt Kassel (Informationsfreiheitsgesetz), 101.18.999, wird **abgelehnt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Sprafke

2. Informationsfreiheitssatzung

Antrag der Fraktion Freie Wähler + Piraten

- 101.18.302 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung 101.17.997 vom 07.10.2013 und 101.17.564 vom 26.09.2012 unverzüglich umzusetzen.

Stadtrat Stochla erläutert die Sachlage und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: AfD, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Freie Wähler + Piraten betr. Informationsfreiheitssatzung, 101.18.302, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Sprafke

3. Informationsfreiheitssatzung

Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten

- 101.18.1024 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, einen Entwurf für eine Satzung zur Regelung des Zugangs zu Informationen des eigenen Wirkungskreises der Stadt Kassel vorzulegen. Insbesondere folgende Punkte sollen Berücksichtigung finden:

- Die Satzung soll den Zugang aller Einwohner und Einwohnerinnen der Stadt Kassel regeln. Der Darlegung eines rechtlichen Interesses oder einer Begründung des Antrags bedarf es nicht. Der Antrag soll formlos gestellt werden können.
- Der Anspruch auf Information soll sowohl für die Behörden der Stadt Kassel, als auch für Unternehmen gelten, an denen die Stadt eine Mehrheitsbeteiligung besitzt, oder denen eine hoheitliche Aufgabe der Stadt übertragen wurde.
- Der Antrag auf Information soll bei jedem Bürgeramt gestellt werden dürfen und von dort an die zuständige Stelle weitergeleitet werden.
- Die Stadt soll Antragsteller bei der Umschreibung der begehrten Information beraten.
- Sofern Teile der begehrten Information den Schutzbestimmungen der Satzung unterliegen, sollen betreffende Teile geschwärzt und die übrigen Teile zugänglich gemacht werden.
- Der Zugang zu Informationen soll in der Regel kostenfrei erfolgen. Begründete, genau umrissene und möglichst seltene Ausnahmen können diesen Grundsatz begleiten.
- Soweit Kosten für den Antragstellenden anfallen, sollte dieser zu jedem Zeitpunkt des Verfahrens abschätzen können, mit welchem Aufwand er zu rechnen hat. Kostenentscheidungen sollten begründet werden müssen und sollten gesondert angefochten werden können.

Stadtverordneter Nölke, Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten, begründet den Antrag seiner Fraktion. Stadtrat Stochla erläutert die Sachlage und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: AfD, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten betr. Informationsfreiheitsatzung, 101.18.1024, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Sprafke

4. Sauberkeit in städtischen Park- und Grünanlagen

7 von 8

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.993 -

Abgesetzt

5. Zwangsräumung Campingplatz

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.994 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand im Verfahren zur Zwangsräumung des Kasseler Campingplatzes?
2. Welche rechtlichen Schritte sind aktuell eingeleitet?
3. Wann ist mit der Durchführung der Zwangsräumung zu rechnen?
4. Warum waren diese aktuellen Entwicklungen nicht vorhersehbar?
5. Was hat die Stadt Kassel im Vorfeld unternommen, um diese Situation nicht eintreten zu lassen?
6. Welcher wirtschaftliche Schaden für die Stadt Kassel ist durch die erneute Zeitverzögerung entstanden?
7. Wann ist nun mit der endgültigen Fertigstellung des Campingplatzes zu rechnen?

Stadtrat Stochla beantwortet die noch offene Frage aus der Sitzung vom 13. September 2018 bezüglich evtl. bestehender Regress-/Schadenersatzansprüchen.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

6. Parkordnung

Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten
- 101.18.996 -

Abgesetzt

7. Fundtiere in der Stadt Kassel

8 von 8

Gemeinsame Anfrage der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des
Stadtverordneten Andreas Ernst

- 101.18.1040 -

Gemeinsame Anfrage

Wir bitten den Magistrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welcher Verwaltungsbereich der Stadt Kassel ist für die Entgegennahme von Fundtieren zuständig und wie ist das weitere Verfahren in der Stadt hinsichtlich der Verwahrung der Tiere gestaltet?
2. Wer kommt in Kassel für die Kosten zur Aufnahme und Unterbringung von Fundtieren bzw. zur Übernahme entsprechender Kosten für Haltung, Pflege sowie einer notwendigen medizinischen Behandlung auf?
3. Wie viele Tiere werden jährlich durch das Tierheim Mau Wau Insel aufgenommen? Bitte nach Hunden, Katzen sowie der Kategorie Kleintiere und Andere listen und die Jahre 2016, 2017 sowie den aktuellen Stand 2018 angeben.
4. Was passiert mit Fundtieren, die nicht vermittelt werden können?
5. Wer kümmert sich um Listenhunde, die den Wesenstest nicht bestanden haben?
6. Ist es möglich, einen Listenhund, der den Wesenstest nicht bestanden hat, aus pflegerischen/therapeutischen Gründen an das Tierheim Kassel zu vermitteln?

Stadtrat Stochla beantwortet die noch offene Frage aus der Sitzung vom 13. September 2018 bezüglich der Anzahl der nichtbestandenen Wesenstests in der Stadt Kassel. Die weiteren Nachfragen der Ausschussmitglieder werden von ihm und Herrn Krebs, Amtsleiter Ordnungsamt, beantwortet.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla erklärt Vorsitzender Kortmann die gemeinsame Anfrage für erledigt.

8. Präventionsmaßnahmen gegen Trickbetrug

Antrag der AfD-Fraktion

- 101.18.1043 -

Abgesetzt

Ende der Sitzung: 17:40 Uhr

Stefan Kortmann
Vorsitzender

Cenk Yildiz
Schriftführer